

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckamt  
Tagesblatt Rieser  
Gemein Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meßner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22  
Rieser 1930.  
Verleger:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 282.

Donnerstag, 4. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Drucker: An der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser. Für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Etat und Notverordnung.

Nach langer Pause ist der Reichstag wieder zusammengetreten. Nicht wie früher trafen die Abgeordneten aus der Provinz erst im letzten Augenblick ein. Diesmal lagen die Fraktionsführungen zwei, einen Tag und einige Stunden vor der Plenarversammlung. So war es in den letzten Tagen schon lebhaft in den Fraktionszimmern, den Wandelgängen und im Restaurant. Und vor dem Reichstage gab es seit einigen Tagen schon viel zu schauen. Welter, in dessen konnte sich keine schaulustige Masse bis zu den Portalen des Reichstages drängen, da die Pannmelle diesmal, um Zwischenfälle wie das letzte Mal zu vermeiden, sehr weit geöffnet und abgesperrt war. Der Reichstag selbst lag still, die Anfahrt konnte ohne Hindernisse erfolgen. Und sie war diesmal wieder groß, dem Spätkommenden durch die Anzahl der vielen Privatwagen erkennlich.

Im Reichstage selbst herrschte einige Aufregung. Man mußte ja nicht, was sich heute ereignen sollte. Auf der Tagesordnung stand die erste Sitzung des Reichshaushalts. Man fragte sich bis zuletzt, ob nicht die Notverordnung vorgezogen werden sollte. Denn mit ihr wären die vielen Gerichte verbunden, die durch das Haus liefen. Obwohl inzwischen eigentlich klar erscheint, daß sich eine Mehrheit hinter die Regierung finden werde, ist mit dieser Beratung doch das verbunden, was Unruhe und Spannung auslösen muß, das, was die vielen Tribünenbesucher in den Reichstagsgelächter hat und die Pressetribüne bis auf den letzten Platz füllt. Es liegen Mißtrauensanträge gegen die Regierung vor und der Antrag der Nationalsozialisten, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. Man weiß, die Staatsberatung wird erst im Laufe der Zeit Höhepunkte bringen. Die erste Sitzung verliert sich immer in eine Generaldebatte. Diese wurde denn auch — wie es immer üblich ist — vom Reichsfinanzminister Dr. Dietrich eingeleitet. Als er sprach, war noch nicht entschieden ob — was später angeregt war — die Debatte über Etat und Notverordnung zu verbinden. Das war deshalb schon praktisch, da Dietrich immer wieder in seiner Rede auf die Notverordnung zurückkam. Neues konnte er nicht sagen. Er konnte nur die schärfste Bilanz des letzten Jahres wiederholen, feststellen, daß im letzten Jahre immer wieder Ausgaben gemacht wurden, für die keine Deckung vorgelegen war. Und das, obwohl man sich einig war, gerade das zu vermeiden. Auf diese nicht vorgelegene Ausgaben führt der Finanzminister den großen Fehlbetrag des letzten Jahres zurück, weniger auf die Steuererlöse, die immerhin 900 Millionen Mark betragen sollen.

Das Haus war außerordentlich ruhig. Man merkte nichts von Kampf. Nationalsozialisten und Kommunisten, also die beiden Villenparteien, sonst zu Zwischenrufen aufgeregter, verhielten sich stillsam und es scheint, als wären sie auf ihre Stühle. Sie brach auch noch an. Denn dem Reichsfinanzminister folgten die Redner der Parteien. Zunächst die erste Garnitur, die Etat und Notverordnung auf dem Boden nahm, aber nicht ins Kleine ging — immer nach alten Mustern, das bleibt der zweiten und dritten Garnitur vorbehalten —, sondern große Politik predigte und Grundzüge verhandelte.

Man glaubte heute noch den Kanzler seine Notverordnung verteidigen zu hören, mußte aber erfahren, Brüning werde erst wahrscheinlich am Freitag das Wort nehmen, wenn er die Ansichten der Parteien kennen gelernt hat. Es kann anders kommen, wenn die Redner zu hart auf der Rolle fallen. Jetzt kann der Kanzler jedenfalls schweigend und hörend und mit dem Blick in der Hand Notizen machen.

Die Wünsche gingen dahin, heute schon über die vorliegenden Anträge abzustimmen. Die Antragsteller hatten es eilig. Aber zunächst muß die Debatte verlaufen, zunächst muß der Kanzler sich verteidigen, zunächst muß er sagen: Wenn Sie der Regierung das Vertrauen entziehen und die Notverordnung ablehnen, schaffen Sie ein Chaos. Man weiß schon, was Brüning sagen muß, laut wie man wußte, was Dietrich sagen würde. Ueberhaupt wer auch von den Parteien spricht, die Redner haben ihr enges Fraßwasser und bewegen sich in ihm. Ueberzählungen hat im Reichstag selten eine Rede gebracht. Die Ueberzählungen kommen immer aus den Verhandlungen hinter den Kulissen. Da diese inzwischen beendet sind, ist also auch der Vorstoß aus der Kammer nicht zu erwarten.

## Bruch mit Polen?

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsgruppe der Nationalen Reichsvereinigungen, die im Reichstage keine selbständigen Anträge einbringen kann, weil sie nicht fraktionsfähig ist, hat in einem Schreiben an den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister beantragt, die diplomatischen Beziehungen zu Polen sofort abbrechen, allen Botschaften und Konsulaten eine klare und ausdrückliche Note über die letzten Vorgänge in Polen übermitteln zu lassen und sofort eine Sondertagung des Botschaftsrats zu fordern. Ferner soll die Regierung sofort in etliche Erklärungen darüber einwirken, ob Deutschland noch länger im Botschaftsrat bleiben soll oder nicht und ob die Regierung anlässlich der Vorgänge in Polen und der Behandlung der Abbruchfrage in Genuß dem Botschaftsrat und Botschaften des Reichs die Botschaften mitteilen soll, daß sie sich an die anstehenden Verhandlungen nicht mehr gebunden fühlt. Schließlich soll die Reichsregierung die Bildung von freiwilligen Formationen zum Schutze der deutschen Grenze gegen Polen zulassen und mit Propaganda, Geld und Waffen versehen.

## Aussprache über den Etat und die Notverordnungen. Deutscher Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Auf der Tagesordnung der heutigen Donnerstagssitzung des Reichstags, die mittags 12 Uhr begann, standen in Verbindung mit der Aussprache über den Etat für 1931 die Mittelungen über die neue Notverordnung vom 1. Dezember, die Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnung, sowie die Anträge über die Hilfe, Volkswirtschaft, landwirtschaftliche Verhältnisse und verschiedene Steuern.

Abg. Reil (Soz.) erklärt, die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei sei nicht getragen von der Lust am Parteigang und an parlamentarischen Form, sondern von verantwortungsbewusster, gewissenhafter, nüchterner Erwägung. Die furchtbaren Wirkungen des Krieges hätte das deutsche Volk nie ertragen können, wenn nicht durch die in der Weimarer Nationalversammlung geschaffene demokratische Republik die deutsche Einheit wiederhergestellt worden wäre. Das unter dem Druck übermächtiger Reparationslasten leidende Deutschland ist von der Weltwirtschaftskrise besonders empfindlich getroffen worden. Die Krise wurde verschärft durch die Auslösung der größten Arbeiterpartei, der SPD, aus der Regierung und durch die bewußte Defizitpolitik des Jahres 1929. Die Sanierungskräfte des Reichs sind durch die Krise nicht anerkannt worden. Wir werden beim Etat der Reichswehr größere Sparmaßnahmen wünschen, aber eine Verminderung der kleinen Reichswehr wollen wir nicht, da die anderen Staaten bisher nicht den ersten Willen zur Abrüstung gezeigt haben. Wir würden es bedauern, wenn die Notverordnung zum Ziel aufgegeben und durch ordnungsmäßige Gesetzgebung ersetzt werden würde. Und bleibt jetzt nichts weiter übrig, als alles das auf die Wahrung der sozialen Ungleichheiten der Notverordnung zu konzentrieren. Die Regierung hat in diesen Punkten Änderungen vorgenommen, die sich zum Teil mit unseren Wünschen decken. (Lange Zwischenrufe der Kommunisten. Abg. Dr. Neubauer SPD. erhält zwei Ordnungsrufe.)

Inzwischen hat sich die Notlage so verschärft, daß bei einer weiteren Verzögerung der Sanierung die Zahlungsfähigkeit des Reichs in Frage gestellt und damit die Gefahr einer Störung der öffentlichen Ordnung heraufbeschworen werde. Die SPD-Fraktion ist von der Regierung nicht über ihre Zustimmung zu dem neuen Programm gefragt worden. Eine vollständige Aufhebung der neuen Notverordnung würde aber schwere Gefahren heraufbeschwören und damit würden auch die von der Sozialdemokratie erreichten Verbesserungen der Notverordnung wieder hinfällig werden. (Abg. Forstler (Comm.): „Das ist der Dreck für das sozialdemokratische Einverständnis!“) Wir wollen nicht genau über die Haltung der Regierungsparteien. Nach den Kundgebungen der Wirtschaftspartei und anderer Reichsgruppen weiß die Regierung vermutlich selbst nicht genau, was hinter ihr steht. (Zuruf rechts: „Zuverlässig nur die Sozialdemokratie!“) Wir haben gegen viele Bestimmungen der Regierungsvorordnung starke Bedenken, vor allem aber auch gegen die Bestimmungen für Futtermittel. Wir werden durch Initiativanträge Änderungen in der Frage der Futtermittel zu erreichen suchen. Wir beantragen ein Kartell- und Monopolegesetz, namentlich gegen den Bodenwucher und stärkere Erlassung der Landeisen und der Spekulationsgewinne. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist ein deutlicher Beweis des Versagens des kapitalistischen Regimes. Wir wollen, daß sich dieser Zusammenbruch des Wirtschaftssystems ohne Bürgerkrieg, ohne Erschütterungen und Katastrophen vollzieht. Wir behalten uns unsere Stellung zu den Vorlagen der Regierung vor, aber wir werden uns immer lassen lassen von dem Willen, unseren notleidenden Volksgenossen zu helfen. (Beifall d. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Feder-Sachsen (SPD) erklärt, dem Reichstag Brüning fehle die nach der Verfassung notwendige Erklärungsbasis. Der Etat 1931 wird vorgelegt, obwohl der Etat für 1930 noch nicht ordnungsmäßig erledigt ist. Hinter verschleierten Ministern dieses Kabinetts steht nicht einmal eine Fraktion. Nach der Verfassung bedarf jede Regierung zur Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Wir wollen den Reichstag zu einer klaren Entscheidung dieser Frage nötigen und bringen deshalb einen Vertrauensantrag für die Regierung ein. Das wir selbst zu einer solchen Regierung kein Vertrauen haben, ist selbstverständlich. Dieses Kabinett widersteht insofern dem parlamentarischen System, als die größte Regierungspartei, die Sozialdemokratie, nicht in ihm vertreten ist. Wir sind durch- aus nicht Gegner der Republik, wir werden ihr gern dienen, wenn unter Adolf Hitler einmal an ihrer Spitze steht. (Lange Inlä.) Das wird sicher einmal geschehen, denn unsere Bewegung wächst ins Gigantische. Anstatt dieser gewaltigen Bewegung wächst die Angst der Novemberverbrecher. Es gibt zwei Dinge, durch die Parteien am besten zusammengehalten werden: Idealismus und gemeinsames beängstigendes Verbrechen. Und hält der Idealismus zusammen.

Weil Ihre Führer und Freunde nicht wollten, daß Deutschland als Sieger aus dem Kriege heimkehrt, darum sind deutsche Ehre und deutsche Erde verloren. Dazu kam das Verbrechen der Inflation. Die Erfüllungspolitik hatte das Ergebnis, daß Deutschland mit 50 bis 60 Milliarden verschuldet ist. Die deutsche Handelspolitik ruiniert die

deutsche Landwirtschaft, während Mukholini es erreicht hat, in fünf Jahren die italienische Brotgetreideerzeugung mehr als zu verdoppeln. Von dem versprochenen Preisablass des Kabinetts Brüning ist nur der Roh- und Verkaufsablass übrig geblieben. Wir Nationalsozialisten beantragen dagegen die Wegnahme der Bank- und Börsenverträge, die Einziehung der Arbeitsverträge und starke Maßnahmen gegen Schieber und Ruchrer. Wir fordern die Abschaffung des Dawes- und Young-Plans, wir haben recht behalten mit unseren Warnungen vor diesen Verträgen. Wir sind nicht eine nur verneinende Partei, wir besitzen die Interessen des deutschen Volkes, aber wir verneinen die unersättlichen Forderungen der äußeren und inneren Feinde Deutschlands. Wir sind nicht Eigentumsfeinde, sondern erkennen das Privateigentum an und wollen es unter staatlichen Schutz stellen. Selbstverständlich erkennen wir auch das Erbrecht an. Wir sind gegen die Sozialisierung der produzierenden Wirtschaft, aber wir wollen die Verstaatlichung von Handel, Verkehr und Geldwesen. (Zurufe.) Wir wollen die Reichsbank nicht Herrn Hülsmann ausliefern. Wir wollen auch keineswegs den letzten Privatbankier oder den ehrbaren Kaufmann ausschalten. Die Romm-Kongresse müssen natürlich verschwinden. Bei unserem Kampf gegen den Zinswucher müssen wir eigentlich die Kirche auf unserer Seite haben.

Abg. Dr. Neubauer (SPD) macht einen Zwischenruf. Darauf ruft ihm Dr. Goebbels (NSDAP) zu: „Sie haben sieben Jahre lang nichts getan und besitzen immer noch Barregeld alter Vaterlandsverräter!“

Abg. Feder (NSDAP) fährt fort: Deutschland wird in Zukunft nationalsozialistisch oder kommunistisch sein, was dazwischen ist, wird zerstört.

Abg. Dingeldey (NSDAP) macht einen Zwischenruf. — Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterstellen. (Lebhafte Ohrläuf- und Ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Feder schließt unter kurzweiligem Beifall der NSDAP mit dem Ruf: „Deutschland erwache!“ (Abg. Forstler (SPD) ruft, forträtieren Sie aber die Stelle gegen den Sozialismus nicht aus ihrer Rede heraus, wir wollen auf!)

Reichsfinanzminister Dietrich zu dem Vorredner: Wir sind uns darin einig, daß wir das selbständige Gewerbe schützen müssen vor der Gefahr der Großkonzern. Der Zinsfuß wird sich durch staatliche Verbote nicht herabsetzen lassen, die Zinsenkung wird am ehesten dann erreicht, wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich stabil wird. Das erste Mittel dazu ist die Annahme des Ihnen vorgelegten Sparplans. Wir stehen im Winter vor der Frage, wie die Gemeinden die schweren Lasten für Wohlfahrt und Erwerbslose aufbringen können. Wir leiden auch darunter, daß zwar nicht das Reich, aber die deutsche Wirtschaft kurzfristige Auslandsschulden hat, darum wollen wir eben durch eine Sanierung der Reichsfinanzen das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wiederherstellen. Es ist zu begrüßen, daß jetzt auch von nationalsozialistischer Seite der verlorene Krieg als die Ursache unserer Finanznot anerkannt wird. Alle Regierungen haben sich bemüht, diese Not zu beheben. Es mögen dabei manche Fehler gemacht worden sein, aber ich verwehre mich dagegen, daß man irgend einer dieser Regierungen höherwertige Haltung zum Vorwurf macht. Wenn Abg. Feder Deutschlands Schuld auf 50 bis 60 Milliarden besetzt, so übersteht er, daß auch der Siegerstaat 50 Milliarden Schulden hat. Die Inflation ist nicht verbrochen gemacht worden, sondern sie ist die Folge des zweiten Krieges gewesen, den wir geführt haben gegen die Ruhrbesetzung.

(Bei Schluß der Rede dauert die Sitzung noch an.)

## Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat jetzt gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett im Reichstage eingebracht.

Berlin. (Funkpruch.) Der von der Wirtschaftspartei eingebrachte Mißtrauensantrag ist nur von 18 der 23 Mitglieder der Fraktion unterzeichnet. U. a. fehlt die Unterschrift des Justizministers Dr. Bredt und des Abg. Collofer

## Volkspartei

### gegen die Aufhebung der Notverordnung.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich heute Donnerstag vor der Vollziehung noch einmal abschließend mit den Notverordnungen und den eingebrachten Mißtrauensanträgen gegen die Reichsregierung. Die Fraktion wird gegen die Aufhebung der Notverordnung und gegen die Mißtrauensanträge stimmen.

## Kein Konflikt in der Reichsregierung.

Berlin. (Funkpruch.) Von unentdeckter Seite wird die Darstellung eines Berliner Mittagblattes über einen Konflikt im Reichskabinett als unrichtig bezeichnet. Die sachlichen Schwierigkeiten, die sich während der Verhandlungen über das Sanierungsprogramm im Kabinett ergeben haben, sind in durchaus sachlichen Auseinandersetzungen erledigt worden und haben keinerlei politische Bedeutung für die Regierung erlangt.